

[Startseite](#) [Erneuerbare](#)

[Windenergie](#)

"Es brodelt": Der EEG-Pachtdeckel und seine Gegner

Fast alle Verbände der Energiebranche lehnen die geplante Pachtbegrenzung für Windenergieflächen ab. Selbst im kommunalen Lager bröckelt die Einigkeit.

Artikel von [Julia A. Simmons](#)

veröffentlicht am 14.08.2026, 16:19 Uhr



Sind die Pachten für Windenergieanlagen tatsächlich zu hoch? Die EEG-Novelle soll sie in Zukunft begrenzen. Bild: © Bundesverband Windenergie e.V.

Die Bundesregierung will mit ihrer Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) die Pachten für Windenergieflächen deckeln. "Die Entwicklung auf dem Flächenmarkt ist aus dem Ruder gelaufen", hatte Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), im Juni 2026 erklärt. Gestiegene Pachtpreise gefährdeten die Wirtschaftlichkeit von Projekten.

Die Regelung in der Gesetzesnovelle sieht vor: Künftig sollen die Nutzungsentgelte für Grundstücke, auf denen Windräder stehen, auf maximal 2,5 Prozent des standortbereinigten Stromertrags begrenzt werden. Der VKU begrüßt die Regelung.

Doch der Stadtwerke-Verband steht mit seiner Position weitgehend allein in der Energiebranche – der Markt habe sich bereits selbst korrigiert und ein Pachtdeckel sei eine Gefahr für die Energiewende, entgegen Kritiker.

Kritik aus allen Richtungen

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hält den Pachtdeckel für "derzeit nicht erforderlich" und lehnt ihn "ausdrücklich" ab: Der intensive Wettbewerb in den EEG-Ausschreibungen setze bereits wirksame Anreize für wirtschaftliche Projektkalkulationen. Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) fordert, die entsprechenden Paragraphen zu streichen. Auch der Bundesverband Windenergie (BWE) hält die Regelung für "nicht zielführend".

Noch schärfer urteilen die Eigentümerverbände: Der Deutsche Bauernverband spricht von einem "massiven Eingriff in den Markt", der "zusätzliche Bürokratie aufbaut". Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW) lehnt den Pachtdeckel ebenfalls ab, da "der Markt nachweislich gut funktioniert".

AGDW-Präsident Andreas Bitter kritisiert die Regelung ausdrücklich: "Wer mehr Windenergie will, muss ausreichend Flächen mobilisieren – und darf die Eigentümer nicht durch staatliche Preisvorgaben davon abhalten." Er geht davon aus, dass der Pachtdeckel das Flächenangebot für Windanlagen verknappen wird.

Claus Urbanke, Leiter der Wind-, Solar- und Speicherentwicklung beim norwegischen Energiekonzern Statkraft, bezweifelt den volkswirtschaftlichen Nutzen der Pachtbegrenzung: "Preiskontrollen zeigen kurzfristig gewisse Wirkung, bergen aber große Risiken unerwünschter Nebeneffekte." Er verweist auf mehr als 30.000 Megawatt bereits genehmigter Windprojekte, die in den kommenden Ausschreibungen um Zuschläge konkurrieren werden. "Es gibt offensichtlich keinen Engpass bei Flächen und Genehmigungen mehr."

Zu hohe Flächenpachten: "Mythos"

Ben Schlemmermeier, Geschäftsführer des Windmarktspezialisten Caeli Wind, widerspricht sogar der Grundannahme des Pachtdeckels: "Die Behauptung, Grundeigentümer treiben die Flächenpachten, ist ein Mythos." Die Pachthöhen seien das Ergebnis von Angeboten der Projektentwickler im Wettbewerb um knappe Flächen gewesen.

Zudem habe dieser Wettbewerb sich inzwischen verändert: Seit der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren Ende 2024 übersteige das Angebot die Nachfrage bei den EEG-Ausschreibungen deutlich. Die Zuschlagswerte sind laut Schlemmermeier um rund 40 Prozent gesunken, was sich auch auf die Pachten ausgewirkt hat.

Projektierer kalkulierten die Pacht in ihr Gebot für die EEG-Ausschreibung ein. Sinke der Zuschlagswert, schrumpfe auch der Spielraum für Pachtzahlungen. Der Pachtdeckel sei also komplett überflüssig: "Wieso soll ich etwas regulieren, was sich selbst reguliert?"

Das bestätigt auch AGDW-Präsident Bitter gegenüber der ZFK. Die Zuschlagswerte der EEG-Ausschreibungen seien deutlich zurückgegangen: "Der durchschnittliche Zuschlagswert lag im Februar 2024 noch bei 7,34 Cent pro Kilowattstunde und im Mai 2026 nur noch bei 5,06 Cent pro Kilowattstunde – das heißt vor rund zwei Jahren lag der Wert noch um 45 Prozent über dem aktuellen Wert."

Dementsprechend hätten sich auch die aktuellen Pachtangebote stark verändert. "Die sinkenden Werte sind ein deutlicher Hinweis darauf, dass der Wettbewerb unter den Projektierern hoch ist und die Erlösspielräume der Projekte unter Druck stehen", erklärt Bitter.

Abweichler im kommunalen Lager

Selbst innerhalb der kommunalen Energiewirtschaft herrscht keine Einigkeit. Julia Koch, Projektentwicklerin für erneuerbare Energien bei DEW21, nennt den Pachtdeckel auf LinkedIn zwar ein grundsätzlich richtiges Signal.

Sie sieht den vorliegenden Entwurf aber kritisch: "Der vorgeschlagene Wert von 2,5 Prozent erscheint mir in der Praxis deutlich zu niedrig." Sie nennt das Verhältnis zu früheren Pachtniveaus, die Tatsache, dass der Deckel für alle Pachten im Projekt gilt, sowie überzogene Nachweispflichten und Strafen bei Missachtung als Probleme.

Ähnlich äußern sich die Hamburger Energiewerke: Das städtische Unternehmen kann "das politische Argument der Kosteneffizienz nachvollziehen, da überhöhte Pachtforderungen erneuerbare Projekte deutlich verteuern können". Aber: Der im Entwurf vorgesehene Wert von 2,5 Prozent sei zu niedrig. "Nach unseren Markterfahrungen rechnen wir damit, dass Grundstückseigentümer bei einer Erhöhung des Pachtdeckels auf 5 Prozent nach wie vor Flächen für erneuerbare Anlagen verpachten würden. Alles darunter schätzen wir als kritisch ein."

Auch die kommunalen Spitzenverbände wenden sich gegen die Pachtbegrenzung. Der freiwillige Zusammenschluss von Deutschem Städtetag, Deutschem Landkreistag und Deutschem Städte- und Gemeindebund betont die Sonderrolle seiner Mitglieder: Kommunen träten ebenfalls als Flächeneigentümerinnen auf und verließen sich auf diese Einnahmen, auch um die Daseinsvorsorge zu finanzieren. Die vorgesehene Obergrenze von 2,5 Prozent halten die kommunalen Interessenvertreter für zu niedrig angesetzt.

Vertrauen gegenüber Stadtwerken gefährdet

Schlemmermeier warnt vor kontraproduktiven Folgen für kommunale Unternehmen: Auf der Eigentümerseite "brodelt es". Flächeneigentümer fragten sich, warum ihr kommunaler Vertragspartner sich hinter verschlossenen Türen loyal gebe, aber seinen Verband vorschiebe, um "geschlossene Verträge zu hintertreiben". Das Vertrauen, das Stadtwerke als lokale Partner aufgebaut haben, scheint also auf dem Spiel zu stehen.

Die Umsetzung wäre außerdem aufwendig: Rund 6500 Windparks in Deutschland, häufig mit Dutzenden Eigentümern, müssten Zehntausende Nutzungsverträge bis Januar 2028 nachverhandeln.

Laut einer Umfrage von Caeli Wind unter Flächeneigentümern wären nur sieben Prozent der befragten Eigentümer bereit, den Pachtdeckel hinzunehmen. 36 Prozent würden das Projekt abbrechen. 51 Prozent erwarten im Gegenzug eine Beteiligungsoption am Windpark. Schlemmermeier hält ein solches Beteiligungsmodell für wahrscheinlich: "Das ist keine Umgehung. Das ist ein neues Geschäftsmodell."

Für AGDW-Präsident Bitter geht es auch um Grundsätzliches: Dass der Staat Vorgaben für frei ausgehandelte Verträge zwischen Eigentümern und Projektierern machen wolle, sei ein "unangemessener Eingriff in die Eigentums- und Vertragsfreiheit". Außerdem sieht er ein weiteres Risiko, das der Pachtdeckel bringen könnte: "Wenn der Gesetzgeber wirtschaftliche Anreize der Eigentümer beschneidet, riskiert er gerade im ländlichen Raum Akzeptanz."

Windkraft-Markt: Wachsende Unsicherheit

Der geplante Pachtdeckel trifft eine Branche, die ohnehin in Finanzierungsschwierigkeiten steckt. Die gesunkenen Zuschlagswerte machen Windprojekte deutlich weniger rentabel. Projektierer müssen laut Schlemmermeier mehr Eigenkapital aufbringen: "In der Vergangenheit konnten wir mit 5 Prozent Eigenkapital ein Projekt finanzieren. Heute brauchen wir 15 bis 30 Prozent." Für das kommende Jahr rechnet er damit, dass der Markt insgesamt rund fünf Milliarden Euro Eigenkapital benötigt – während alle Marktteilnehmer weniger Gewinn erwirtschaften.

Laut Schlemmermeier trifft diese Lage kommunale Unternehmen besonders. Stadtwerke müssen ihr Kapital anders als private Projektierer auf mehrere Aufgaben verteilen: Windkraftprojekte, Netzausbau, Wärmewende. Der Netzausbau habe Vorrang und verdränge Windprojekte im Zweifel von der Agenda, sagt Schlemmermeier.

Außerdem haben Kommunalversorger einen strukturellen Nachteil im Wettbewerb um Flächen: Große private Projektierer haben Teams von bis zu 100 Mitarbeitenden, die nur für die Flächengewinnung zuständig sind. Das können Stadtwerke in der Regel nicht leisten. "Man kann in diesen Markt nicht einfach mal reingehen und das genauso machen wie die großen Projektierer", sagt Schlemmermeier. Ein Pachtdeckel ändere an diesem Kräfteverhältnis nichts.

Haben Sie Fehler entdeckt? Wollen Sie uns Ihre Meinung mitteilen? Dann kontaktieren Sie unsere

Redaktion gerne unter redaktion@zfk.de.

[Startseite](#)

[Erneuerbare](#)

[Link kopieren](#)